

Sennegemeinde Hövelhof  
Der Bürgermeister

**Sperrfrist: 08.11.2012, 19.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, verehrte Damen und Herren,

im Jahr 2012 rechnen nur noch 35 kreisangehörige Kommunen in NRW damit, einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Daher eine positive Botschaft vorweg: Nach derzeitigem Stand gehört die Sennegemeinde Hövelhof im laufenden Jahr zu diesen Kommunen, obwohl wir planmäßig für das laufende Haushaltsjahr noch rund 1,9 Mio. € minus erwartet haben. Statt dem prognostizierten Gewerbesteuerertrag von 7,2 Mio. € stehen derzeit jedoch rund 10,4 Mio. € zu Buche. Somit rund 3,2 Mio. € mehr als erwartet. Damit können wir für 2012 mit einem Jahresüberschuss von mindestens 1 Mio. € rechnen, nachdem in den vergangenen drei Jahren immer ein Fehlbetrag zwischen 1,5 und 3 Mio. € zu verzeichnen war. Wir ernten damit in diesem Jahr erstmalig auch monetär die Früchte unserer wirtschaftsfreundlichen Politik der vergangenen Jahrzehnte. Unsere Infrastruktur und die bedarfsgerechte Bereitstellung von wirtschaftlichen Entwicklungsflächen haben dazu beigetragen, den heimischen Unternehmen Luft und Raum für Investitionen zu schaffen. Die geringe Arbeitslosenquote von derzeit 3,7 % und das hohe Engagement unserer Firmen im gesellschaftlichen Leben tragen in erheblichem Maße zum guten Lebensstandard und Wohlfühlklima in unserer Gemeinde bei. Gerne würden wir auch zukünftig daran anknüpfen und unseren Unternehmen die dringend benötigten Flächen für eine Weiterentwicklung zur Verfügung stellen.

Leider hat uns die Bezirksregierung in diesem Jahr mit der völlig unverständlichen Ablehnung der Entwicklungsfläche am Schierbusch um Jahre zurückgeworfen. Die Hövelhofer Bevölkerung reagiert noch immer mit Unverständnis über die absurde Entscheidung. Hier gilt es noch einmal deutliche Kritik an die Politiker des Regionalrates insbesondere auch an die heimischen Mitglieder zu richten, die es versäumt haben, sich für unsere Region einzusetzen und sich damit zum Steigbügelhalter der grünen Lobbyisten-Interessen gemacht haben. Die gerade erst getroffene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zum Weiterbau der A 33 geht glücklicherweise in eine andere Richtung. Der Mensch scheint auch in diesem Lande noch wichtiger als die Ammenmärchen der Umweltverbände zu sein. Es wäre schön, wenn auch CDU und SPD im Regionalrat dies wieder verinnerlichen würden.

Schließlich muss das Geld, welches ein parallel als Vorsitzender der Mehrheitsfraktion im Kreistag agierendes Regionalratsmitglied für freiwillige Wohltaten mit ausschüttet, irgendwo in den Kommunen erarbeitet werden. Wir zumindest sind bereit, selbst die Voraussetzungen für die kommunale Entwicklung zu schaffen und nicht nur auf den goldenen Griff in die Kassen anderer zu setzen.

Hier bin ich auch schon bei den beiden großen Wermutstropfen für das Jahr 2013:

- Durch unser gestiegenes Gewerbesteueraufkommen in diesem Jahr, aber auch durch die neuen Berechnungsparameter des Landes NRW, die Kommunen mit niedrigen Hebesätzen und einer geringen Zahl von Soziallastenempfängern benachteiligt, bekommen wir im kommenden Jahr keine Schlüsselzuweisungen mehr. Ich wiederhole: **0 € vom Land**. Erstmalig!  
Vergleichbar große Kommunen mit geringerem Steueraufkommen im Paderborner Land können dagegen mit über 7 Mio. € rechnen. Diese Kommunen bekommen ihre regelmäßigen Landeszuweisungen, egal wie die Wirtschaft sich entwickelt, während wir sehr konjunkturabhängig sind und bei einer Rezession unmittelbar mit Einbußen leben müssen. Dies erschwert die Planung für ein Haushaltsjahr, ist jedoch grundsätzlich der Indikator für eine erfolgreiche Kommune. Trotzdem gibt es auch in NRW bereits Kommunen, die abundant sind, d.h. keine Schlüsselzuweisung mehr bekommen und sich gleichzeitig im Nothaushalt befinden. Dies zeigt die Schizophrenie des Systems und verdeutlicht, dass wir Kommunen insgesamt bei dem größer gewordenen Aufgabenspektrum unterfinanziert sind.
  
- Der zweite Wermutstropfen wird dagegen in allen zehn kreisangehörigen Kommunen so stark wie nie zuvor kritisiert:  
Seit dem Jahre 2004 hat sich die allgemeine Paderborner Kreisumlage insgesamt um 67 % erhöht, nachdem sie in den 6 Jahren davor sogar rückläufig war. Für das kommende Jahr schlägt der Kreis Paderborn jedoch besonders hart zu:  
Die Kreisumlagen erhöhen sich für allein für Hövelhof um rund 930.000 € auf nunmehr zusammengerechnet 9,8 Mio. €. Dies sind inzwischen fast 40 % unserer gesamten Erträge. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Uns ist allen bewusst, dass der größte Anteil der Kreisumlage der Finanzierung der immer größer werdenden Sozialleistungen von Kreis und Landschaftsverband dient. Auch die Jugendamtsumlage wird nicht kritisiert, da gerade das Jugendamt des Kreises Paderborn sehr effizient und gemeindeorientiert arbeitet. Die Steigerungen in diesem Bereich fußen insbesondere auf den zusätzlichen Aufwendungen für den U-3-Ausbau. Auch arbeiten wir mit den Fachbereichen des Kreises Paderborn sehr vertrauensvoll und konstruktiv zusammen. In der täglichen Arbeit sind wir tatsächlich eine kommunale Familie, die dem Wohle unserer Bürger dient. Daher soll den Mitarbeitern des Kreises an dieser Stelle einmal gedankt werden. Ausnehmen davon möchte ich allerdings den Kreiskämmerer, der u.a. mit seiner äußerst kommunalunfreundlichen Bilanzierung eine der Ursachen für die hohe Kreisumlage bietet. Die hohen Abschreibungswerte der kreiseigenen Gebäude dienen lediglich dazu, Liquidität in die Kreiskasse zu spülen, die für freiwillige Investitionsmaßnahmen genutzt werden

können. Grundsätzlich würde dem auch nichts entgegenstehen.

In einer Situation wie der jetzigen, in der allen Kommunen das Geld für dringend notwendige Maßnahmen vor Ort fehlt und sogar die Haushaltssicherung droht, ist dies jedoch kontraproduktiv. Wir brauchen vor Ort dringend Luft zum Atmen – daher sollte der Kreis alle Möglichkeiten zu kommunalfreundlichen Bilanzierungsregeln nutzen. **Dazu gehören insbesondere auch der vollständige Verzehr der Ausgleichrücklage und ein Griff in die allgemeine Rücklage.**

Während das Eigenkapital aller Kommunen seit Jahren um jährlich rund 5 % sinkt, ist der Kreis nicht geneigt in dieser Situation gleiches zu tun, getreu dem Motto:

„Kaffeebohnen für den Kreis und Muckefuck für die Kommunen vor Ort.“

Der Grund dafür liegt allein darin, dass ihm dann keine zusätzliche Liquidität als freier Spielraum zufließen würde – eine Solidargemeinschaft sieht m.E. anders aus. Auch der Verweis auf die rechtliche Unzulässigkeit zählt nicht. Hier reicht der Blick in das Gesetz, wo die Kreisordnung auf die Gemeindeordnung verweist und dadurch eindeutig dieselben Spielregeln gelten. Andere Kreise sind in diesem Punkt solidarischer und kommunalfreundlicher, wie mir der Städte- und Gemeindebund bestätigt hat.

Auch sind die vielen freiwilligen Projekte und Zuschüsse des Kreises sicherlich immer irgendwie zu rechtfertigen, jedoch in der heutigen Zeit nicht mehr in der bisherigen Form finanzierbar. 2, 2 Mio. pro Jahr für die Wewelsburg, das sind rund 100.000 € allein an Anteil für Hövelhof. 654.000 € für das Bildungsbüro, ohne das wir bis vor 4 Jahren noch gut leben konnten, dies sind 30.000 € allein für Hövelhof. 473.000 € für die Wirtschaftsförderung des Kreises, die sicher in Hövelhof niemand wahrnimmt, das sind allein 21.000 € für Hövelhof. Wirtschaftsförderung ist in Hövelhof Chefsache und wird vom Kämmerer und mir im Alltag gelebt. Wofür müssen in diesem Zusammenhang Gelder in Uni-Wirtschaftsfonds und Stipendien fließen? Wie gesagt alles erklärbar, doch nicht mehr finanzierbar.

Dies sind nur Beispiele, die in einer Demokratie selbstverständlich auch anders gesehen werden können. Sie sollen jedoch dazu dienen, darüber nachzudenken, nicht mehr nur den Strich unter die Rechnung zu setzen und den Fehlbetrag von den Kommunen einzufordern, sondern genau wie wir nur noch das wirklich Notwendige auszugeben. Auch wenn wir dafür wieder öffentlich vom Kreis verprügelt werden: Genau wie der Steuerzahler auf uns guckt, haben wir die Pflicht, auf den Kreis zu schauen, da die Auswirkungen der Kreispolitik erst über unseren Umweg beim Bürger ankommen. Daher der Appell an den Kreistag: **Fangen Sie endlich an, den Kreis als subsidiär zu betrachten. Es ist keine politische Spielwiese für Einzelne, machen Sie ebenfalls Einschnitte im freiwilligen Bereich!**

Meine Damen und Herren!

Bis vor Bekanntgabe der Kreiszahlen war ich der Ansicht, dass wir auch im 11. Jahr hintereinander ohne Steuererhöhungen auskommen. So haben wir derzeit die 10.-niedrigsten Gewerbesteuersätze in NRW. Bei der Grundsteuer liegen wir auf Platz 12. Bewusst haben wir uns bislang nicht dazu entschieden, hier trotz Forderungen der Genehmigungsbehörde den Bürger mehr zu belasten.

Stattdessen haben wir auf vielen Ebenen die Aufwendungen minimiert. Jedes Produkt haben wir mit Ihnen gemeinsam unter die Lupe genommen und die Standards auf ein Minimum gesetzt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat gerade erst unseren Aufgabenerledigung näher unter die Lupe genommen und u.a. folgendes festgestellt:

- Gebäudewirtschaft:

„Die Voraussetzungen für ein funktionierendes Portfoliomangement sind bei der Gemeinde Hövelhof bereits vorhanden. Strategien für eine wirtschaftliche Nutzung des Gebäudemanagements werden in vielen Bereichen umgesetzt. Die Gebäudeflächen sind einwohnerbezogen interkommunal gesehen unauffällig, der für eine strategische Steuerung notwendige ganzheitliche Blick über den gesamten Gebäudebestand ist durch das Gebäudemanagement gegeben, Maßnahmen zur Reduzierung des Gebäudebestandes wurden bereits ergriffen.“

Ich erinnere hier z.B. an den Abriss des Gebäudes in der Emssiedlung in diesem Jahr. Kritisiert werden hier allerdings die hohen Flächenanteile, die wir bewusst für Schulen und Sport zur Verfügung stellen. „Die vergleichsweise niedrigen Reinigungsaufwendungen sind das Ergebnis einer konsequenten, kontinuierlichen Ausschreibungs- und Vergabepaxis mit modernen und wirtschaftlichkeitsorientierten Standard. Durch eine grundlegende und systematische Neuordnung der Hausmeisterdienste ist der hierfür anfallende Aufwand erheblich reduziert worden. Der Strombedarf liegt in Hövelhof trotz zunehmender Technisierung deutlich unter dem Benchmark in NRW. Bei der Wärmeenergie spiegelt sich ein Stück weit bereits das gute Energiemanagement der Gemeinde Hövelhof wider.“

Nur der Wasserverbrauch liegt durch die intensive Sporthallennutzung rd. 20 Prozent über dem Benchmark, ist allerdings durch den günstigen Wasserpreis der Gemeinde nicht so aufwandsrelevant. Die Gebäudebewirtschaftung wird daher mit der Höchstnote und dem Attribut „Vorbildcharakter für andere Kommunen“ bewertet.

- Personal:

Die geringe Personalquote weist auf grundsätzlich effiziente Prozesse in der Verwaltung hin, so dass bestehende Optimierungsmöglichkeiten auf der Prozessebene nach Einschätzung der GPA zu lediglich geringen Personalreduzierungen führen. Die Personalquote ist im Wesentlichen aufgrund des Personalzuwachses bei den Tageseinrichtungen von Kindern gestiegen. Die Personalquote „Ist-Stellen je 1.000 Einwohner“ liegt im interkommunalen Vergleich zwischen Minimum und Mittelwert. „Die Gemeinde Hövelhof bietet ihren Bürgern mit dieser günstigen Personalquote gleichzeitig ein sehr breites Aufgabenportfolio an. Die Verwaltung plant im Rahmen von altersbedingten Fluktuationen in einigen Bereichen noch aufgezeigte Stellenreduzierungen. Die Verwaltung beschäftigt sich aktiv mit den Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit, um auch zukünftig die Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen. Die Gemeinde Hövelhof bildet kontinuierlich aus, um nach Möglichkeit den künftigen Personalbedarf durch eigene Nachwuchskräfte besetzen zu können.

Die GPA hält eine deutliche Reduzierung der ohnehin geringen Personalquote ohne eine Senkung von Aufgabenumfang und Standards für nicht umsetzbar.“

- Finanzen:

Der kontinuierliche Schuldenabbau seit dem Jahre 2000 sowie das Ziel, im Jahre 2020 schuldenfrei zu sein, werden grundsätzlich positiv gesehen. Die negativen Jahresergebnisse der letzten Jahre und der damit einhergehende Verzehr des Eigenkapitals wird naturgemäß sehr kritisch betrachtet. Hier kritisiert die GPA zunächst die zurückhaltende Investitionstätigkeit der Gemeinde. Aufgrund unseres derzeitigen Crash-Kurses entsteht ein Werteverzehr. Beim Straßenvermögen besteht ein Investitionsstau, weil kaum Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Kritisiert werden insbesondere die zu geringen Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben, die wir wie bereits geschildert bewusst niedrig gehalten haben. Daher die dringende GPA-Empfehlung: Mehr Investitionen zu tätigen und die Ertragspotenziale aus Gebühren und Steuern zeitnah umzusetzen.

Dies bedeutet: **Anhebung der Realsteuersätze auf die fiktiven Hebesätze des Landes NRW!**

Diese Notwendigkeit spiegeln auch die Eckdaten des kommenden Haushaltes wider:

Aufgrund des Wegfalles der Schlüsselzuweisungen (- 860.000 €) sowie der angekündigten drastischen Erhöhung der Kreisumlage (+ 928.000 €) ist der Haushaltsausgleich 2013 nur durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage möglich. Da dieser Eingriff nicht mehr als 5 % sein darf, müssen wir um die Quote nicht zu überschreiten, die Erträge gezwungenermaßen erhöhen, **wobei die vorgeschlagenen Steuermehreinnahmen geringer sind als die Erhöhung der Kreisumlage.** Die Fesseln sind inzwischen so eng angelegt, dass von einer Selbstverwaltung vor Ort kaum noch etwas zu spüren ist. D.h. im Umkehrschluss: **Land und Kreis zwingen uns förmlich zu Steueranhebung.**

In vielen Erklärungen habe ich immer beteuert, dass ich einen solchen Schritt volkswirtschaftlich für kontraproduktiv halte. Unternehmer und private Haushalte brauchen Luft zum Atmen, Freiräume für Investitionen und Konsum. Kommunen mit niedrigen Hebesätzen gehören daher langfristig zu den Gewinnern im Standortwettbewerb. Daher schmerzt mich diese Maßnahme besonders. Sie ist jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen inzwischen unabdingbar und für uns Herausforderung, nicht nur auf Kreis und Land zu schimpfen, sondern auch unsere eigenen Standards weiter zu überprüfen, ohne dabei die Lebensqualität in unserem Ort zu zerstören. Denn beides, Steuererhöhungen und Abbau der Infrastruktur gepaart mit zurückgehender Unterstützung des Ehrenamtes würde dem gesellschaftlichen Leben und Wohlfühl-Charakter in unserem Ort nicht gut tun.

Die Menschen müssen daher spüren, dass der mehrgezahlte Betrag auch in Hövelhof verbleibt, dass er sichtbar wird in der gemeindlichen Aufgabenerfüllung und dass er nicht nur durchgereicht wird zu Kreis und Land. Denn die drohende Abundanzumlage ist das nächste angekündigte Schreckgespenst des Landes. Sie wird dazu führen, dass auch die letzten gesunden Kommunen vor die Hunde gehen!

Ich darf daher Sie bitten: Sprechen Sie mit den Bürgern, versuchen Sie die komplizierte Finanzsystematik an Beispielen zu erklären. Wir sind das letzte Glied in der Kette, bekommen zusätzliche Aufgaben ohne hundertprozentige Gegenfinanzierung wie beim Thema U3 zu sehen und müssen gleichzeitig Kulturdenkmäler von Landschaftsverband und Kreis mitfinanzieren. Verdeutlichen Sie, dass wir weiter alles tun werden, um mit sparsamen Mitteln an einem liebenswerten Hövelhof zu arbeiten. Die Menschen hier vor Ort haben es verdient!

Trotzdem möchte ich Sie ermuntern, jetzt nicht in ein Jammertal zu verfallen oder sich gar gegenseitig zu zerfleischen. Die Bürger sind politischen Streit und Unmut satt. Nur wenn wir, wie in den letzten Jahren hier vor Ort gang und gäbe, gemeinsam für die Zukunft Hövelhofs kämpfen, genießen wir Vertrauen und werden wir als Volksvertreter anerkannt.

Wir - und wenn nicht wir, wer sonst - sind dafür da, das Positive unserer Kommune zu vermitteln. Und davon, das wissen Sie alle, gibt es mehr als genug. Optimismus und ein gesundes Maß an Selbstvertrauen waren die Erfolgsgaranten der letzten Jahre. Bündeln wir diese, um auch in schwierigen Zeiten unser Hövelhof als liebenswerten Wohn- und Arbeitsort zu erhalten.

Denn genau wie in der Wirtschaft hat Erfolg auch mit Psychologie zu tun. Nur wenn wir positiv nach vorne schauen, können es auch die Bürger. Die von mir anfangs genannte Gewerbesteuerentwicklung zeigt daher sicherlich, dass dies mehr als Durchhalteparolen sind. Auch die enorme Nachfrage nach Bauland – die Grundstücke des 3. Abschnitts des Baugebietes Grüner Weg sind nahezu verkauft - sind ein Indiz für die Qualität unsers Lebensraumes. 2011 waren wir neben Paderborn die einzige Kommune im Kreis mit auffälligen Einwohnerzuwächsen. Derzeit entstehen allein an vier Standorten größere Wohnparks, die den Bedarf nach Wohnraum verdeutlichen. Wir trotzen derzeit noch der demographischen Entwicklung. In Espeln, Riege und Hövelriege wird 2013 neues gemeindliches Bauland verkauft werden können. So wird es unsere nächste größere Aufgabe sein, auch im Kernort weiteres Potential zu erschließen. Wie Sie wissen, bedeutet dies jedoch zunächst wieder ein harter Kampf mit der Bezirksregierung, die uns die vielen noch nicht bebauten privaten Baulandlandflächen gegenrechnet.

In diesem Jahr haben wir uns intensiv mit dem Thema familiengerechte Kommune beschäftigt. Für mich war dies ein großartiges Projekt, das von allen Beteiligten mit viel Herzblut angegangen wurde. Besonders beeindruckend war die intensive Bürgerbeteiligung, aus der wir in der Zukunft auch bei anderen Maßnahmen lernen können.

So wie bei der Erarbeitung des Ortskernkonzeptes hat sich gezeigt, dass unsere Bürger bereit sind, ihre Ideen einzubringen und dabei auch ein gehöriges Maß an Kostenbewusstsein mitbringen. Bleiben wir daher auch hier nah dran am Bürger. Hören wir nicht nur bei Bürgerversammlungen sondern auch im Alltag bei jeder Gelegenheit zu, um den Kontakt zur Basis nicht zu verlieren. Die Zeiten der Hinterzimmerpolitik sind endgültig vorbei.

Jetzt gilt es jedoch, die erarbeiteten Konzepte für Ortskern und „Familiengerechte Kommune“ auch umzusetzen. Der Bürger möchte Ergebnisse sehen: Das Jahr 2013 wird dazu beitragen.

Der Kämmerer wird Ihnen gleich die Zahlen der Ergebnis- und Finanzplanung näher vorstellen. Lassen Sie mich daher zum Abschluss noch auf die wesentlichen Investitionen eingehen, die nach Ansicht der GPA eigentlich noch größer sein müssten. Da wir jedoch weiter auf die Aufnahme von Krediten verzichten wollen, beschränken wir uns auf das notwendige Maß:

- Wir planen am Standort des BSB ein **Feuerwehrdepot** in dem das zurzeit in einer Miethalle untergebrachte IuK-Fahrzeug Platz finden soll. Gleichzeitig soll hier ein Löschfahrzeug für Brände im Industriegebiet platziert werden. Da die teils sehr lange geschlossenen Bahnschranken oftmals zu Problemen führen, kann die Zeit des ersten Löschangriffes hiermit erheblich verbessert werden. Geplant: 150.000 €
- Das derzeit noch vermietete Wohnhaus an der **Furlbachschule** soll für die **Betreute Schule** hergerichtet werden. Die Kinder werden derzeit am Nachmittag lediglich in einem Kellerraum betreut. Die stark gestiegene Betreuungszahl erfordert hier jedoch dringend neue Räumlichkeiten. Geplant: 150.000 €
- Ausbau der **U3-Plätze im KG Schattenstraße**: 770.000 € bei 316.870 € Zuschuss. Hier warten wir dringend auf die Förderzusage des Landes. Den Medien war zu entnehmen das NRW derzeit auf dem letzten Platz unter allen Bundesländern liegt, da die Gelder nicht schnell genug vom Bund auf die Kommunen durchgereicht werden.
- Ausbau der **U-3-Plätze KG Klausheide**: 205.000 € bei 102.000 € Zuschuss
- Restbetrag für den **Anbau des Sportheims Espeln** sowie Ballfangzaun: 50.000 €
- Anbau eine **WC-Raum an der Waldkampfbahn**: 27.000 €
- Endausbau **Grüner Weg II. BA**: 400.000 €
- Baustraße **Wohngebiet Riege**: 70.000 €
- Baustraße **Wohngebiet Hövelriege**: 15.000 €
- Baustraße **Wohngebiet Espeln**: 15.000 €

- Bei den Wirtschaftswegen konzentrieren wir uns im kommenden Jahr auf die **Staumühler Str.** zwischen Klausheider Straße und Lippspringer Postweg. Die Fahrbahn weist inzwischen große Löcher auf und ist zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Geplant: 160.000 €
- Erneuerung **Unterrieger Kirchweg**: 25.000 €
- **Haustenbachbrücke** Apeldamm: 45.000 €
- Weitere Umsetzung des **Ortskernkonzeptes**: 396.000 € bei 347.400 € Zuschuss.
- Renaturierung **Park Verrières**: Hierfür haben wir zwar eine entsprechende Investitionssumme eingeplant. Maßnahmen sollen allerdings nur nach einer intensiven Bürgerbeteiligung mit Zustimmung der Anlieger angegangen werden. Wir werden daher zunächst Vorschläge erarbeiten und dann hierüber in einen weiteren Dialog mit allen Beteiligten eintreten.

In den kommenden Jahren stehen insbesondere im Straßen- und Brückenbereich dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen an. Sollten wir unseren derzeitigen Crash-Kurs weiter fortsetzen müssen, werden wir aus Verkehrssicherheitsgründen um Lastenbeschränkungen oder gar Straßensperrungen nicht herumkommen. Unser Fokus wird daher demnächst verstärkt auf diesen Bereich gerichtet sein. Mit einem abgestimmten Konzept sollten wir daher auch hier die Bürger rechtzeitig mit einbinden, da wir zumindest in Anliegerstraßen um Kommunalabgaben nicht herumkommen. Helfen Sie daher mit, hier die Prioritäten festzulegen und unsere Bürgerschaft damit rechtzeitig zu konfrontieren. Nur dann werden wir auch Verständnis dafür finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Bereitschaft, sich trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen für das Wohl unserer Gemeinschaft zu engagieren. Wir alle würden sicher lieber in frohem Miteinander gestalten, als nur zu verwalten und untertänig auf die übergeordneten Einheiten zu schimpfen. Spaß macht dies sicher derzeit keinem. Eine Reform des Verwaltungsaufbaus scheint zwingend erforderlich. Trotzdem wünsche ich Ihnen fruchtbare Haushaltsberatungen.

Ich bin mir sicher, dass Sie alle das Wohl der Hövelhofer Bevölkerung im Auge haben werden!